

Experte sieht Thüringer „Projektregierung“ kritisch



Von LUP0 | Politikwissenschaftler Jürgen Falter von der Gutenberg-Universität Mainz sieht eine „projektbezogene Regierungsarbeit“ zwischen einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung und CDU sowie FDP in Thüringen kritisch. „Dagegen spricht, dass es eine Verwischung der Zuständigkeiten zwischen Opposition und Minderheit gibt, die regiert.“ Man könne dann programmatisch kaum noch unterscheiden zwischen den einzelnen Lagern, sagte er am Montag gegenüber der ARD-Tagesschau.

Zum Wochenbeginn war zwischen den Wahlverlierern der amtierenden rot-rot-grünen Regierung mit Repräsentanten von CDU und FDP beraten worden, wie es in Thüringens Landespolitik weitergehen soll. Sollte es tatsächlich zu einer themenorientierten Zusammenarbeit kommen, würde das die Parteien unter Umständen vor eine Zerreißprobe stellen, ist Falter überzeugt. Zum Beispiel, wenn man über vereinbarte Themen mitstimmen muss, aber partout nicht mit den Linken abstimmen will. „Das ist ziemlich gefährlich für eine Partei.“

Außerdem hätten die CDU-Bundespartei und CDU-Abgeordnete Angst, dass durch eine informelle Zusammenarbeit mit den Linken „Dämme brechen“ könnten. Dann käme die Forderung auch von anderer Seite, das könne man doch auch mit der AfD machen.

Die FDP sieht er in einer schwierigen Rolle. „Sie ist ja nicht gewählt worden, dass sie eine linke Regierung unterstützt“.

Die hauchdünne Mehrheit, mit der sie in den Landtag gekommen sei, könnte sie durch Wählerverlust wieder verlieren. Agieren könne sie diesbezüglich nur gemeinsam mit der CDU.

Komfortable Situation für AfD

Dagegen sieht der Mainzer Politikwissenschaftler eine komfortable Situation für die AfD. Sie könne souverän entscheiden, wo sie mitstimmen oder nicht mitstimmen will. Sie sei ja nicht eingebunden. Das werde manchem sehr unbehaglich sein, wenn er mit Stimmen der AfD etwas durchbekommt, betonte Falter.

Das aktuelle Treffen Ramelows mit CDU und FDP ist nach Falters Ansicht „der Versuch der etwas stärkeren Einbindung der Opposition in die Arbeit einer Minderheitsregierung“. Es bedeute ein „etwas leichteres Regieren einer Minderheitsregierung, als wenn sie nur gegen eine Opposition antreten muss, die in der Mehrheit ist“.

Obwohl eine Minderheitsregierung nichts durchsetzen könne ohne Hilfe der anderen und in Gesetzgebungsprozessen vollständig angewiesen sei auf mindestens CDU oder FDP (oder AfD, was man nicht wolle), könne eine Minderheitsregierung mit projektbezogener Arbeit durchaus stabil sein, glaubt Falter. Allerdings müssten Ramelow und Co. Federn lassen, denn die CDU werde Gegenforderungen stellen. Ein Spaltpilz steckt nach Ansicht Falters in einer solchen Minderheitsregierung, wenn grüne Forderungen z.B. nach Windrädern im Thüringer Wald oder linke Forderungen bezüglich des Verfassungsschutzes mit diesen Gegenforderungen kollidieren und einander weh tun.